

Liebe Genossinnen und Genossen



als wir vor knapp 4 Jahren die Idee hatten, einen Mitgliederbrief rauszugeben, war ich skeptisch. Wer soll die Zeit haben, dafür noch was zu schreiben? Inzwischen kommt er schon seit einiger Zeit nicht mehr vierteljährlich sondern monatlich raus und wie man an dieser 25. Ausgabe sieht, gehen uns die Themen nicht aus.

Eigentlich hatten wir im August eine Sonderausgabe zum World-Cafe geplant, und es nimmt auch einen großen Teil dieses Mitgliederbriefes ein. Aber im Anschluss findet ihr auch noch die übrigen Berichte und vor allem die kommenden Terminankündigungen.

Das World-Cafe war eine großartige Gelegenheit, über die verschiedensten

Zukunftsthemen in Ruhe und konstruktiv zu diskutieren. An den ausführlichen Ergebnisberichten könnt ihr dies nachverfolgen und wir haben sie auch genau so ans Willy-Brandt-Haus weitergegeben. So funktioniert Beteiligung und wir werden dieses Format bei passender Gelegenheit gerne wieder anbieten.

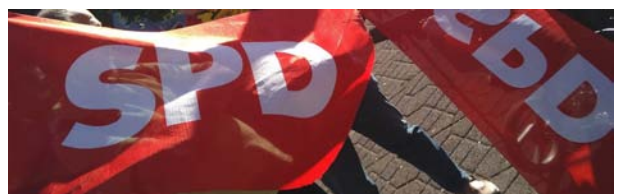
Jetzt wünschen wir euch noch eine schöne Sommerpause, erholt euch gut, bis zum Sommerfest, mit dem wir einen trubeligen Herbst einläuten werden.

Eure

Bül Stunede.

AUS DEM INHALT

World Café „SPD erneuern“	2
Für eine Asylpolitik mit Herz und Verstand	18
Zwang zum Bauen? Ja, aber es gibt noch andere Daumenschrauben	20
Umfrageergebnis Landwirtschaft	21
Impressum	23
Termine, Termine	23



World Café „SPD erneuern“

Wir wollen uns einbringen mit unseren Themen und Ideen und den Erneuerungsprozess aktiv mitgestalten. Deshalb haben wir uns im Rahmen eines World Cafés mit den Kernfragen zur programmatischen Erneuerung auseinander gesetzt. Diese Inhalte werden wir dann im November beim großen Debattencamp in Berlin einbringen.

Hier Zusammenfassungen von den einzelnen Thementischen.

1. In welchem Staat wollen wir leben?

Die staatliche Aktivität muss sich dem modernen Lifestyle der Bürgerinnen und Bürger anpassen. Die Mobilität darf nicht nur durch den Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger abhängig sein. Eine wichtige Aufgabe der Bundespolitik muss die Einrichtung eines kostenlosen ÖPNV sein, finanziert durch eine neue Umverteilungspolitik. Daraus werden auch weitere Multiplikatoreffekte entstehen wie die Erreichung der Klimaziele, Unterstützung der sozialen Teilhabe und vor allem auch neue Chancen hinsichtlich der Beschäftigung im ÖPNV. Die Transparenz der politischen Willensbildung ist eine notwendige Bedingung einer modernen Demokratie.

Bürgerinnen und Bürgern muss der Zugang zu Informationen transparenter gewährt werden, auch in einfacher und leichter Sprache. Weiterhin sollte der Informationsfluss zwischen Bürgerinnen und Bürgern zu Politikerinnen und Politikern durch gesetzliche Vorgaben gewährleistet werden, so kann politische Aufklärung neue Wege finden. In diesem Zusammenhang ist auch die Kirche in unserem Land als moralischer Berater und Vermittler von Werten und ethischen Grundsätzen nicht wegzudenken.

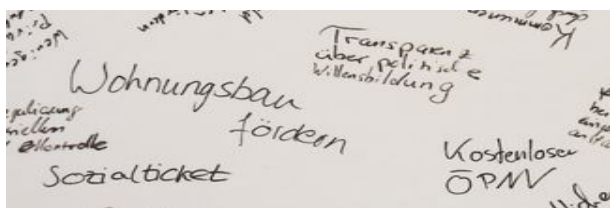


Eine existenzielle Aufgabe der Bundespolitik muss wieder die Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus werden. Auf dem Markt für Immobilien wird inzwischen ein Marktversagen verzeichnet. Die angebotene Menge an Mietwohnungen und Kaufobjekten findet kein Gleichgewicht mit der Nachfrage von Haushalten. Die Haushalte können zwar aktuell durch niedrige Zinsen leicht an Kredite kommen, dieses Instrument ist nur der Wolf im Schafspelz. Die Immobilienpreise sind inzwischen so hoch, dass die geglaubte Zinseinsparung durch die künstliche Preissteigerung der Immobilien komplett eingedampft wird.

Der Staat muss hier als zusätzlicher Anbieter von Wohnungen in den Markt eintreten um nachhaltig Bürgerinnen und Bürgern durch flexible Finanzierungsgestaltung zum (Miet-)Wohnraum zu verhelfen. Zudem müssen die Kommunen durch konzeptionelle Bundes- und Landesförderungen unterstützt werden um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Gemeinden zu stärken. Bspw. wäre durch solch eine Förderung mehr Aufklärung in der Flüchtlingskrise erreicht worden. Bundesweite kostenlose Kitas, mehr Verantwortung des Bundes in der Bildungspolitik und ein Einwanderungsgesetz sind unabdingbare Forderungen, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger vereinfachen können. Seit Jahren wird verzeichnet, dass der Staat sich aus der Verantwortung zurückzieht. Bspw. in der Gesundheitspolitik, in der Verkehrspolitik aber auch in der Wirtschaftspolitik. Ein starker Sozialstaat ist auch in Zeiten guter Konjunktur notwendig. Mehr Regulierung des Gesundheitswesens, einheitliche Maßstäbe für jede Wirtschaftsbranche und vor allem der staatliche Auftrag unserer Infrastruktur darf nicht in private Hände vergeben werden.

Glückauf!

Takis Mehmet Ali



2. Wie sehen die sozialen Absicherungen der Zukunft aus?

Alles staatliche Handeln müsse auf **Art 1. Grundgesetz** beruhen:

„(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Diese Verpflichtung gelte für alle Menschen, unabhängig von Herkunft und Geschlecht.

Die Neuausrichtung der Sozialpolitik muss ein Schwerpunkt aktueller SPD Politik sein.

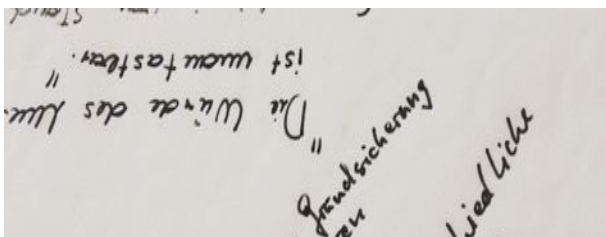
Sie muss Antworten auf die Herausforderungen einer sich immer schneller verändernden Arbeits- und Umwelt geben. Gleichzeitig muss sie den Menschen wieder Zuversicht in die Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme vermitteln.

Dazu haben wir folgende Themen und Fragestellungen erörtert:

- Um die Existenzsicherung aller Lebenslagen zukunftssicher zu gestalten, bedarf es einer gerechteren Verteilung der volkswirtschaftlichen Erträge!
- Wir wollen wissenschaftlich unterstützte Modellprojekte zu Grund-sicherung und Grundeinkommen.
- Die Finanzierung muss über breitere Basis gesichert werden! Das könnte zu prozentualen Beitragssenkungen führen.

- Warum zahlen nicht alle in die sozialen Sicherungssysteme (Beamte*Innen, Angestellte und Selbständige)?
- Für die Finanzierung sehen wir verschiedene Stellschrauben:
 - Einfließen höherer Steuern in die mittel- und langfristige sozialpolitische Haushaltsplanung.
 - Erschließen zusätzlicher Finanzierungsquellen (z. B. Finanztransaktionssteuer).
 - Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze für Beiträge in Verbindung mit der Aufhebung der Pflichtversicherungsgrenze
 - Erheben von Beiträgen auf alle Einkommensarten (z. B. Einkommen aus selbständiger Arbeit, Miet/Kapitalerträgen)
 - Die Höhe der daraus zu erwarteten Leistungen muss nach oben begrenzt werden.
- Die Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres:
 - Damit könnten junge Menschen Einblicke in die Funktionsfähigkeit gesellschaftlichen Handelns erfahren.
 - Sie dürfen damit aber nicht zur Konkurrenz für Arbeitsplatz-Inhaber*Innen werden.

Clara Heckmann



3. Wer sind wir? Und wie wollen wir in einer offenen Gesellschaft miteinander leben?

Die Fragestellung zum Thema "Wer sind wir?" ist sehr umfangreich und es ist uns nicht gelungen, die im Themenpapier genannten Punkte gänzlich anzusprechen. Ein Grund dafür ist bestimmt, dass wir wieder dem Thema Migration / Integration zu viel Raum eingeräumt haben und deshalb andere Themen - die im Landkreis vielleicht eher unter den Nägeln brennen - gar nicht oder nur am Rande zur Sprache kamen.



Der Ausgangspunkt der Diskussion war das Statement von der "kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt". In der Mehrzahl der Diskussionsbeiträge war das klar als Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung definiert worden. Grenzen ergeben sich in alle Richtungen, das gilt für die viel diskutierten "Gefährder" und "Reichsbürger" gleichermaßen. Die Basis ist das Grundgesetz aber auch der Wertekanon. Das eine ist eine fixe Größe, das andere wird permanent in der Gesellschaft verhandelt und ist

entsprechend wandelbar. Vielfalt heißt dann innerhalb dieser Grenzen, dass wir die Freiheit des Individuums verteidigen wollen.

Es ist uns dabei aber bewusst, dass die zunehmende Individualisierung in einem schwierigen Spannungsfeld zur ursozialdemokratischen Solidargesellschaft steht. Der zunehmende Individualismus und vielleicht auch unsere gesättigte Gesellschaft mindern die Bereitschaft der Menschen, in Staat und Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Vereine, Parteien und Verbände klagen über eine schrumpfende Zahl an Aktiven.

Der Bereich Chancengleichheit wurde leider nur am Rande angesprochen. Die damit verbundenen Themen Stadt-Land-Schere, Gleichberechtigung und andere wurden nur erwähnt.

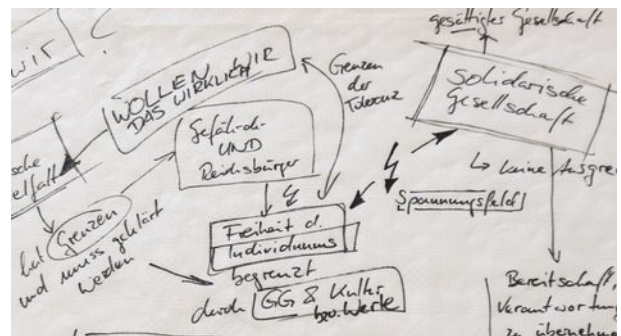
Oswald Prucker

4. Wie können wir für Demokratie begeistern und wie repräsentativ ist unsere Demokratie?

Es ist schwierig, Menschen dazu zu bringen, sich (nicht nur punktuell) einzubringen. Dies gilt mittlerweile für Vereine ebenso wie für Parteien und schadet der Gesellschaft und der Demokratie im Ganzen.

Um Menschen zu interessieren müssen die Themen konkret sein und an ihrer Lebenswelt orientiert. Viele Menschen

frustriert an der Demokratie, dass sie das Gefühl haben, dass sich nichts ändert. Hier müssen Angebote gemacht werden, die das Gegenteil beweisen. Es braucht auch in Parteistrukturen weniger Bürokratie und kürzere Wege. Jede Diskussion, ob man eigentlich überhaupt einen Antrag stellen darf und an wen und in welcher Form, kostet Engagement, das in der Erstellung des Antrags besser aufgehoben wäre. Sachpolitik muss vor Parteipolitik gerückt werden.



Demokratie bedeutet Verantwortung. Da dies den Menschen frühzeitig vermittelt werden muss, ist eine Aufwertung des Gemeinschaftskundeunterrichts und ein früheres einsetzen dringend erforderlich. Die Landeszentralen für politische Bildung sind zentral zu beteiligen. Demokratie muss den Menschen früh schon erlebbar und bewusst gemacht werden.

Um die Menschen dann vor Ort zu begeistern muss die Verantwortung, für alles, was vor Ort gestaltet wird, auch dort liegen. Betroffene müssen die Möglichkeit bekommen, sich zu organisieren und mitzugestalten. Institutionengeförderte Initiativen in Kooperation Bund-Land-

Kommune sind wünschenswert. Informelle wie formale politische Partizipation auf kommunaler Ebene kann Menschen die Möglichkeit geben, sich auch kurzfristig oder projektgebunden einzubringen. Auch die Stärkung von Petitionen kann hier helfen.

Es bestand Einigkeit darüber, dass unsere jetzige Form der Demokratie nur sehr bedingt repräsentativ ist, da sich viele Bevölkerungsgruppen von den Politikern nicht repräsentiert fühlen, da sie nicht vorkommen. Juristen sind deutlich überrepräsentiert während andere Berufsgruppen, wie Handwerker, Erzieher, Pfleger etc. kaum Möglichkeit haben, jemals ins Parlament zu kommen. Wenn Entscheidungen von Politikern getroffen werden, die die Lebenswelt der Menschen nicht kennen, entsteht Entfremdung.

Birte Könnecke

5. Was bedeutet Sicherheit und Freiheit und was braucht es, um diese zu gewährleisten?

Freiheit ist Handeln ohne Beeinflussung anderer. Freiheit ist Leben in einem offenen (demokratischen) & sicheren Umfeld und dabei Eigenverantwortung zu übernehmen.

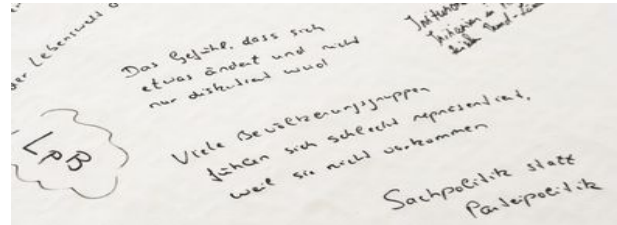
Der Staat muss personell und finanziell ausreichend ausgestattet sein.

Das staatliche Gewaltmonopol ist zu beachten, Meinungsfreiheit zu schützen.

Achtsamkeit & Respekt dem anderen gegenüber sind wichtig.

Freiheit ist nötig um Sicherheit zu gewährleisten.

Raus aus der Falle: mehr und sichtbare Verantwortung statt Gutachten und Lobbyarbeit.



Freiheit und Sicherheit und welche: Sicherheit durch Datenschutz und Überwachung

Welche Aufgaben gibt es hier zu bewältigen? Funktionierende Rechtsprechung (verlässlich und zeitlich), kein Krieg

Sandra Uecker

6. Wie soll unser Europa der Zukunft aussehen? Und welche Rolle nimmt dabei Deutschland ein?

Auf den Themenfeldern der Wirtschafts- und Steuerpolitik, Migrations- und Entwicklungspolitik sahen die Arbeitsgruppenmitglieder die Europäische Union als den geeigneten Ort, um langfristige Lösungen zu finden. Die Zukunftsfähigkeit der Union der 27 wird daran gemessen werden, ob es gelingt, auf diesen Feldern Verbesserungen für die Menschen zu erreichen.

Achtbarkeit & Respekt dem anderen gegenüber
Freiheit, um Sicherheit zu gewährleisten
Kaus aus der Falle: mehr + sichtbare Verantwortung
Statt Gutachten + Lobbyarbeit
Sicherheit durch Daten-Schutz + Überwachung.

I. Wirtschafts- und Steuerpolitik

Der Staatenbund soll dazu dienen, die Steuersysteme in Europa aneinander anzugleichen. Dringend geboten erscheint ein unter EU-Nachbarn **harmonisierter Mindestlohn** (derzeit in Frankreich 12,50 Euro, in Deutschland 8,50 Euro). Hier sollte man von den höchsten Löhnen ausgehen, und damit auch die europäische Peripherie allmählich aufwerten.

Der vom französischen Präsidenten Macron angeregte Plan zu einer Neugründung Europas wurde überwiegend positiv beurteilt, die Akzeptanz innerhalb der Mitgliedstaaten der EU jedoch als gering eingeschätzt. Da eine Veränderung der Verträge nur mit Zustimmung aller Mitglieder möglich ist, wird es noch langer und geduldiger Überzeugungsarbeit bedürfen, um zu einem gemeinsamen EU-Haushalt (mit Finanzminister) zu kommen, Zwischenschritte wie der von Schäuble vorgeschlagene Europäische Währungsfond wurden positiv beurteilt. EU-weit wird eine Verbindung gewünscht zwischen einer langfristige Konsolidierung der Finanzen (auch in Frankreich und den Mittelmeerstaaten) und einer Politik des nachhaltigen Wirtschaftswachstums (auch

mit flexiblen Kriterien für Mitglieder der Euro-Gruppe). Die Diskussion über die Frage, ob eine solche neue wirtschaftliche Politik erst nur unter Euro-Staaten, und dann in einer noch zu schaffenden parlamentarischen Vertretung der Euro-Staaten zu diskutieren wäre, oder ob es dem Europäischen Parlament überlassen werden sollte, blieb ohne eindeutiges Ergebnis, wobei allerdings die Erkenntnis der Notwendigkeit überwog, eine solche Diskussion und "Neugründung" nur **innerhalb der Euro-Gruppe** überhaupt erst vertiefen zu können.

Eine Idee für die Bereitstellung von Mitteln für einen EU-Haushalt betraf die innereuropäischen Flugbewegungen. Eine europaweite **Steuer auf Flugbewegungen** zwischen den teilnehmenden Staaten (falls man nur von einer Vertiefung der Euro-Gruppe ausgehen würde), könnte den Grundstock für eine Haushalt legen.

Sozialleistungen (Kindergeld) sollten ähnlich wie der Mindestlohn ebenfalls **harmonisiert** werden. Zuschüsse und Umverteilung von den reicheren in die ärmeren Regionen der EU wurden als probates Mittel dafür gesehen, analog zum Lastenausgleich zwischen Bundesländern in Deutschland. Das Ziel soll keine völlige Angleichung sein, aber eine allmähliche Anhebung und Harmonisierung. Nur wenn die Unterschiede in den Lebensbedingungen nur mehr graduell sind, kann von einem sozialen Europa gesprochen werden. Die

genaue Begrenzung von graduellen Unterschieden kann offen bleiben (Werte von 10-25% wurden genannt), bei Unterschieden von 50% sahen aber alle Teilnehmer keinen graduellen Unterschied mehr als gegeben an.

Eine **dezentrale Energiepolitik** mit Förderung alternativer Energien (inklusive Förderung für Solaranlagen für Mieter) könnte Europa-weit - vor allem aber in den Mittelmeerländern - wichtige wirtschaftliche Impulse geben.

II. Außen- Migrations- und Entwicklungspolitik

Die Außenwirtschaftspolitik der EU wurde scharf kritisiert. Die exportierten Nahrungsmittelüberschüsse sowie Gebrauchtkleiderexporte zerstören Landwirtschaft und Handwerk in Afrika und Teilen Asiens. Diesem **Missbrauch durch europäische Konzerne** (z.B. Wasser- und Milchgeschäfte) sollte die EU-Kommission durch Gespräche mit den entsprechenden Verantwortlichen in den Konzernen zumindest abmildern und an deren Vernunft appellieren.

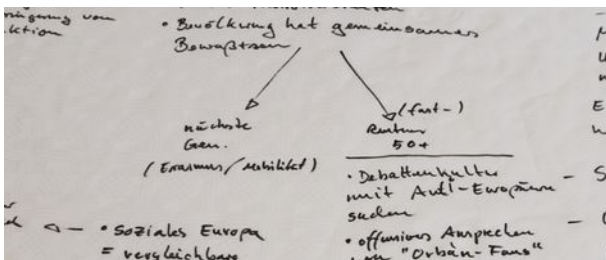


Mit EU-Hilfen werden Entwicklungsprogramme (Public-Private-Partnerships) unterstützt, die auf die Stärkung der Marktbeherrschung und -durchdringung durch internationale Konzerne hinauslaufen. Eine Durchleuchtung der gegenwärtigen Entwicklungsprogramme nach dem Gesichtspunkt der langfristigen und **nachhaltigen Entwicklung (gemessen an geschaffenen Arbeitsplätzen)** des betreffenden Landes könnte hier Aufschlüsse bieten, welche Programme nicht weiter fortzusetzen sind.

Missbrauch und Fehlentwicklung geschehen freilich mit Hilfe der dortigen Regierenden, die sich durch Partnerschaften mit multinationalen Konzernen oder neu aufgestellten Privatbetrieben selbst bereichern. Die Toleranz der EU und ihrer Mitgliedstaaten gegenüber Korruption in Partnerstaaten wird als Bedrohung für den Erfolg der entwicklungsfördernden Maßnahmen gesehen. Ein möglicher Schritt zur Vermeidung von Korruption könnte das Bestehen auf **genossenschaftlichen Formen** der neu entstehenden Unternehmen, sowie der **innerbetrieblichen Mitbestimmung** in Partnerländern als Voraussetzung für Förderung durch die EU sein.

Es wurde in der Diskussion anerkannt, dass der Export von Nahrungsmittelüberschüssen primär eine Auswirkung der nicht erfolgten Umstellung auf ökologische

Landwirtschaft und des Festhaltens an industrialisierten Großbetrieben innerhalb der EU zu sein scheint, also eher in den Bereich der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik (DG AGRI) führt. Es bleibt dennoch auch eine außenwirtschaftliche (DG TRADE) und politische Entscheidung (EAD/FPI). Eine strukturelle Lösung für die Zukunft wäre eine **Zusammenlegung von mehreren Ressorts** - allein im außenpolitischen Bereich machen sich sechs Organisationen selbst Konkurrenz (FPI, ECHO, TRADE, NEAR und die DEVCO). Da zwei davon (gegenwärtig) von Italien und zwei von Frankreich besetzt werden, scheint eine Beibehaltung der Vielfalt auch nicht unbedingt geboten, um die Interessen der beschickenden Länder zu wahren.



Wenn mit Milliarden versucht wird, durch gemeinsame europäische Aussenpolitik Flucht- und Migrationsursachen zu bekämpfen, müssen auch solche **strukturellen Gründe für die Migration** angegangen werden. Ein paar afrikanische Grenz- und Küstenwächter aufzurüsten wurde von den Diskussionsteilnehmern als ungenügend, manchmal sogar als kontraproduktiv eingeschätzt. Die Stabilisierung von Kleptokratien trägt

langfristig zu einer gesteigerten Auswanderung aus diesen Ländern bei.



III. Sicherheits- und Friedenspolitik der EU

Die Definition von gemeinsamen Zielen der EU ist wichtig. Primärer Aktionsrahmen wird jedoch die NATO bleiben, in welcher auch beinahe alle EU-Staaten Mitglieder sind. Der EU wäre in diesem Bereich eine Selbstbeschränkung zu empfehlen. Eine **Selbstbeschränkung aller EU-Mitglieder auf Einsätze innerhalb und an die Grenzen der EU-Zone** wurde ins Spiel gebracht. Eine europäische Armee mit Spezialisierung einzelner Länder auf die Bereitstellung bestimmter Kapazitäten wurde als wünschenswert angesprochen. Teilnehmer der Diskussion waren sich aber auch darüber im Klaren, daß vor allem osteuropäische Länder weiterhin eine *full spectrum* Kapazität anstreben, und auch aus innenpolitischen Erwägungen und Streitigkeiten mit anderen EU- und NATO-Mitgliedern heraus weiter nationalistisch agieren werden. Der Austritt der Polen aus dem Eurokorps liegt gerade erst ein Jahr zurück.

IV. Zukunft - die EU 2040

Einigkeit herrschte über die Frage, daß auch in 22 Jahren weiterhin **Nationalstaaten** die Entscheidungshoheit und den primären Referenzrahmen der Menschen in der EU bilden werden. Die Schaffung eines gemeinsamen Bewusstseins als EU-Bürger ist in manchen Teilen der Eliten verbreitet, hat wichtige Segmente der Bevölkerung nicht erreicht.

Der Brexit wird sich - nach Ansicht der Teilnehmer - wohl vollziehen; ob die Staaten Osteuropas in der Union bleiben, bleibt offen. Die Grundlage gemeinsamer Werte mit den Staaten der Visegrad-Gruppe scheint mehr und mehr nicht mehr gegeben, es scheint wahrscheinlich, dass es mit diesen Staaten **keine weitere Vertiefung** der Union im Sinne der Maastrichter Verträge mehr geben wird. Sanktionen werden wohl gegen diese Staaten verhängt werden, wenn weiterhin EU-Standards bei Rechtsstaatlichkeit verletzt werden, werden aber wohl nicht viel bewirken.

Es kann aber mit den anderen EU-Partnern vielleicht noch mehr getan werden. Die Harmonisierung der europäischen Ausbildung im akademischen Bereich, mit europaweitem Austausch (ERASMUS, Bologna) hat sich nicht bei der **Ausbildung im handwerklichen Bereich** fortgesetzt. Eine Auflage eines Programms für Lehrberufe, und die Stärkung einer soliden handwerklichen Ausbildung durch das

Meistermodell zuerst innerhalb der Euro-Zone, dann EU-weit, böte hier vielleicht eine Möglichkeit, ein europäisches Bewusstsein auch bei den Auszubildenden und Gesellen zu schaffen.



Allgemein wurde bemerkt, dass für die **Kommunikation mit der Bevölkerung** durch die EU nicht viel getan wird. Das Interesse der Menschen, an Entscheidungen beteiligt zu werden, ist allerdings vorhanden, genannt wurde die Frage der Abschaffung der Sommerzeit als Beispiel. Stärkere Meinungsumfragen, Sondierungen seitens der Kommission würden die Akzeptanz der EU stärken. Die Ernennung von Meinungsführern (z.B. jungen *Youtubern*) Sonderbotschaftern Europas als Kulturträger und Werber könnte ein erster Schritt sein, um die Vertreter der "illiberalen Demokratie" in eine Debatte zu holen. Sanktionsmaßnahmen sind ein ungenügendes Mittel, um die Kluft zwischen den Werten der Gründer und denen der aus geopolitischen Erwägungen verfrüht in die Union geholten Neumitgliedern zu überbrücken.

Eckart Schiewek und Hans Kellmayer

7. Wem gehört die Welt - welche Regelungen braucht die globale Ökonomie im digitalen Zeitalter, damit die Welt ein sozialerer und gerechterer Ort wird?

- Die Welt gehört schon sehr lange einigen wenigen Großkonzernen, die es verstehen, Regierungen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren
- Ein Ziel könnte sein bis Mitte des Jahrhunderts einen Staat zu schaffen, der als Vereinigte Staaten von Europa ein demokratischer und föderaler Staat ist, mit eigener Regierung und einem souveränen Europaparlament als oberste Instanz. Auch Länder, die noch nicht in der EU sind sollten mit aufgenommen werden.
- Es soll dabei Nationalismus eingedämmt werden, gleichzeitig ist aber darauf zu achten, dass die Staaten ihre kulturellen Eigenheiten und ihre Vielfalt beibehalten
- Dies gäbe auch wirtschaftlich einen Gegenpol zu anderen Wirtschaftsgroßmächten, wie den USA, Russland und China.
- Dazu benötigen wir eine Angleichung der Steuer- und Sozialsysteme, Anpassung von Rechts- und Digitalsystemen.
- Auch unsere Sicherheit und unser Wohlstand hängt vom wirtschaftlichen

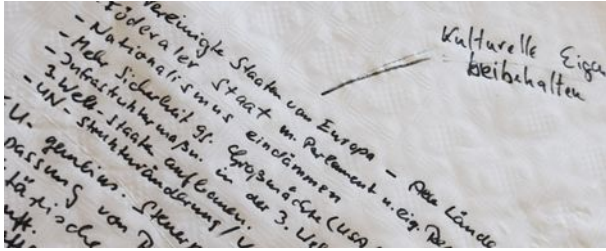
Standard in der 3. Welt, insbesondere natürlich in Afrika ab.



- Hier müssen Infrastrukturmaßnahmen geschaffen werden, um einheimischen Unternehmen die Chance zu geben etwas aufzubauen.
- Wichtig ist auch die Bildungschancen um ein Vielfaches zu erhöhen.
- Erreicht werden kann das nur, indem die Korruption bekämpft wird. Auch die Kriege, die weltweit an vielen Stellen „toben“ und im Grunde reine Stellvertreterkriege sind, die selten etwas mit den Interessen der betroffenen Länder zu tun haben, müssen gestoppt werden.
- Die richtige Instanz, um Ordnung auf der Welt zu schaffen wäre die UNO. In ihrer jetzigen Form ist das aber nicht möglich. Sie gehört reformiert.
- Die UNO muss mehr Rechte erhalten und gestärkt werden, die unsinnigen Vetorechte gehören abgeschafft.
- Eine militärische Einigung auf der Welt ist anzustreben. Abrüstung und Vernunft, statt Aufrüstung

- Wirtschaftliche Gerechtigkeit durch gerechtere Verteilung der weltweiten Ressourcen.

Manfred Wolf



8. Wie kann der Kampf gegen den Klimawandel und Umweltzerstörung verstärkt werden? Und wie sorgen wir dafür, dass es dabei sozial und gerecht zugeht?

Wirtschaft

- Kein Export von industriell produzierten Lebensmittelüberschüssen an Drittweltländer
- Ansiedlung von alternativen Arbeitgeber in Kohleabbaugebieten

Verantwortung

- Deutschland muss eine Vorbildfunktion einnehmen
- Klimawandel & Umwelt gehören in die kontrollierte Verantwortung der Kommunen | CO₂ Gesetz

Verkehr

- Extra Fahrbahn für Autos mit mehreren Personen
- ÖPNV stärken

- mehr umweltfreundliche Antriebe (Kreuzfahrtschiffe und allgemein im Tourismus)

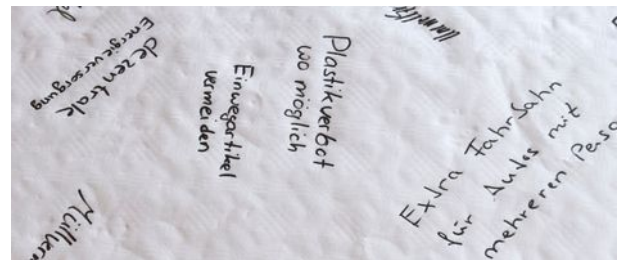
Abfall

- Müllvermeidung
- Einweg Produkte vermeiden
- Kaffeekapseln verbieten
- keine Müllexporte
- Elektrogeräte müssen länger haltbar sein (längere Garantie)
- recyclingfähige Verpackungen (man kann noch nicht alle gut recyceln)
- Plastikverbot wo möglich

Energie

- dezentrale Energieversorgung (um große Energiebetriebe zu entmachten und lokale Unternehmen zu stärken)

Leon Naas



9. Eine Welt in Bewegung - wie können wir Migration gestalten und Fluchtursachen beseitigen?

Eine Welt in Bewegung: Migration

Migration wird zunehmend als ausschließlich bedrohlich, Migranten werden häufig pauschal als gefährlich dargestellt. (=Rechtsruck in Europa)

Dem muss die SPD entgegentreten:

Welche positiven Auswirkungen hat die Migration für uns und für Europa? Wie können wir das Positive verstärken?



Geforderter wird eine klare und offensive Positionierung der SPD, orientiert an den Werten der offenen Gesellschaft, des Humanismus und der Solidarität.

Niemand verlässt ohne Grund seine Heimat. Neben den unumstrittenen Asylgründen (persönliche Bedrohung wegen politischer Haltung, Religion, sexueller Orientierung ...) sind auch wirtschaftliche Gründe nachvollziehbar und berechtigt. (Einwanderungsgesetz)

Unterschieden werden muss in Menschen, die schon in Deutschland / Europa sind und in die, die weltweit, vor allem in Afrika, entwurzelt eine Zukunft suchen.

Migranten, die schon bei uns leben:

Die Integrationswilligen müssen unterstützt werden (Sprache, Arbeit und Ausbildung, Wohnen). Sie benötigen einen besseren Aufenthaltsstatus und müssen das Gefühl vermittelt bekommen, vollwertiger Teil unserer Gesellschaft zu sein.

Wer unsere Werte und Kultur nicht akzeptieren will, unsere Freiheit bedroht, unsere Rechtsordnung missachtet, soll auf rechtsstaatlichem Weg abgeschoben werden. Bei Abschiebungen muss klar und nachvollziehbar geregelt sein, wer, wohin und vor allem warum abgeschoben wird.

Die bestehenden Dublin-Regeln sind schnellstens abzuschaffen. Europäische Solidarität sieht anders aus.

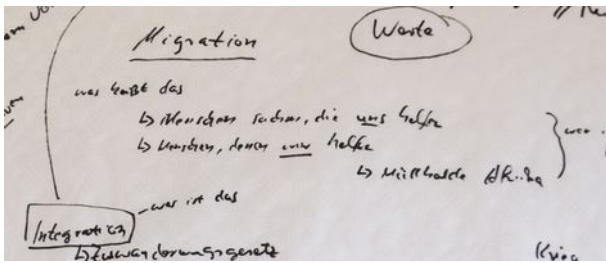
Migranten, die außerhalb Europas leben:

Schlepperunwesen dadurch bekämpfen, dass Asylanträge bzw. Anträge auf Einwanderung schon im Ausland, z.B. in Botschaften oder Flüchtlingseinrichtungen des UNHCR gestellt werden können.

Der Aufbau einer funktionsfähigen Wirtschaft durch Schaffung eines gewerblichen Mittelstandes muss die Fluchtursachen bekämpfen. Deshalb Ausbau von Bildungseinrichtungen mit Ausbildungszentren in den Herkunftsländern auf Kosten Deutschlands / der EU. Berufsausbildungen vor Ort. Existenzgründerdarlehen usw.

Vor allem: fairer Handel. Wenn unsere Abfall- und Überschussprodukte in die Märkte der Herkunftsländer exportiert werden, oft zu Dumpingpreisen und subventioniert (Baumwolle, Stoffe, Nahrungsmittel...), dann zerstören wir die Lebensgrundlage der Menschen in diesen Ländern.

Bernd Engesser



10. Wie sieht eine sozialdemokratische Friedens- und Entspannungspolitik aus?

Der Einstieg in die Diskussion ist der Tatsache geschuldet, dass just ein paar Stunden vorher, aus der CDU der Vorschlag nach einer Wiedereinführung der Wehrpflicht / ziviler Dienst im Radio zu hören war. Dies wurde sofort aufgegriffen und breit diskutiert. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht - ergänzt durch ein verpflichtendes Jahr für die Gemeinschaft (als „soziales“ Jahr im Inland und Ausland, auch im ökologischen Bereich) wird von allen sehr begrüßt. Widerspruch hierzu gibt es nicht.

Hier weitere Aussagen aus beiden Diskussionsrunden:

- Eine Armee auf nationaler Ebene ist zwingend notwendig, da es um Landesverteidigung und das Machtmonopol des Staates geht. Eine demokratische Kontrolle ist allerdings Voraussetzung. Die Rolle der Bundeswehr: Teil einer europäischen „Friedensarmee“. Einwurf: Muss unsere Freiheit dann am Hindukusch verteidigt werden?

- Die Frage nach einer gemeinsamen EU Armee wird kritisch gesehen, weil es kein gemeinsames Bewusstsein gäbe, dies sei nur auf nationaler Ebene vorhanden.
- Dem 2% Ziel an Rüstungsausgaben wird keine große Bedeutung beigemessen. Viel wichtiger sei die Funktionsfähigkeit
- Rüstungsexporte werden sehr kritisch gesehen - insbesondere in Krisengebiete. Muss aber nicht auch der Kampf gegen den Terrorismus mit Waffen unterstützt werden, wird dem entgegengehalten. Rüstungsexport nur an NATO Mitglieder erlauben, ist ein weiterer Vorschlag. Auf jeden Fall, sind sich alle einig, sollten wir uns kundig machen und den Rüstungskontrollbericht intensiver zur Kenntnis nehmen und dann auch Konsequenzen ziehen und Kontrollen verstärken.
- Das Veto Recht der Großmächte wird als problematisch angesehen, weil „Friedensentscheidungen“ blockiert werden.
- Friedenspolitik hat zwar eine militärische Komponente, aber die Mithilfe beim Aufbau von Zivilgesellschaften und der faire Handel muss ebenfalls eine Rolle spielen. Auch die KSZE und OSZE sollten gestärkt werden. Das Miteinander reden darf nicht aufhören.

- Weltweite Ungerechtigkeiten müssen bekämpft werden, aus ihnen entstehen Konflikte.

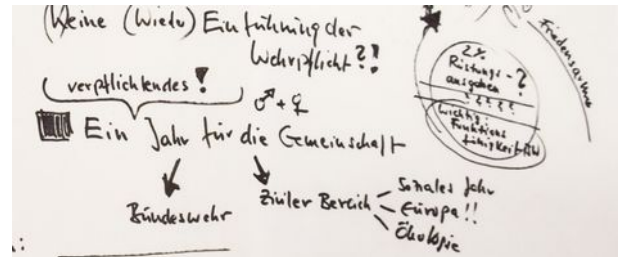


Kommentar des Moderators:

Die Diskussion war sehr Militär-orientiert. Ich sehe die Entwicklung deutscher Waffenexporte sehr kritisch. Rüstungsausfuhren z.B. nach Saudi-Arabien sollten gestoppt werden. Der Export von Kleinwaffen läuft völlig aus dem Ruder. Die Regelungen zu Fragen des Rüstungsexports müssen systematisiert und in einem Rüstungsexportkontrollgesetz zusammengefasst werden. Der geheim tagende Bundessicherungsrat muss sich auf seine friedensethische Verantwortung besinnen. Was weiß man von diesem Gremium? Ziel sozialdemokratischer Politik muss eine Welt sein, in der Konflikte mit zivilen Mitteln gelöst werden. Hermesbürgschaften zur Absicherung von Rüstungsgeschäften sind zurückzufahren und eine deutliche Aufstockung des Entwicklungshilfeeinsatzs ist Voraussetzung um zivile Entwicklung zu fördern und weltweite Konflikte zu reduzieren. Auch im eigenen Land sind Anstrengungen in dieser

Richtung notwendig. In diesem Sinn muss z.B. eine „Friedenserziehung“ (nicht nur an Schulen Raum bekommen.

Christoph Bayer



11. Weltinnenpolitik - auf welche globalen Foren wollen wir setzen und wie können wir sie stärken? Wie lassen sich Menschenrechte und Demokratie schützen?

Welt-innen-politik ... über diesen Begriff ist jeder gestolpert. Möchten wir über Innenpolitik oder Welt-(außen)-Politik sprechen? Das hat für Verwirrungen gesorgt.

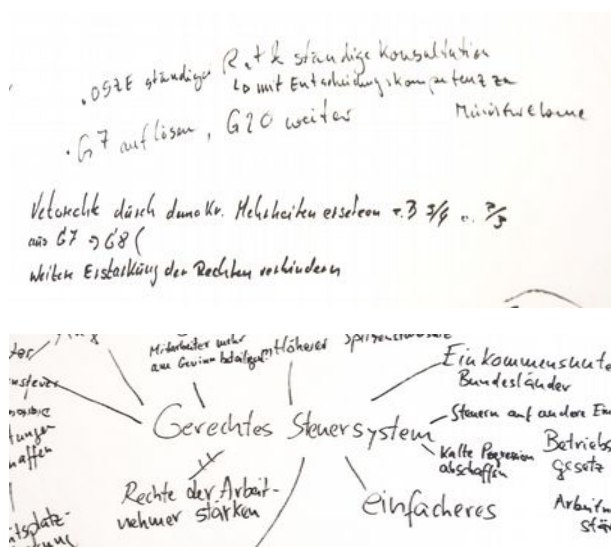
Festgehalten haben wir:

- OSZE - ständiger Rat und ständige Konsultation mit Entscheidungskompetenz zur Ministerebene - "nur" Austausch ist gut, jedoch nicht zielführend
- G 7 auflösen
- aus G 7 eine G 8 machen (Russland), Sanktionen klarer und wirkungsvoller definieren und umsetzen
- G 20 weiter ausbauen und stärken
- Zurückhaltungen bei Finanzausgaben zu internationalen Aufgaben und

Betonung des Verursacherprinzips
(Russland, Saudi-Arabien, USA)

- Abschaffung von Vetorecht und durch demokratische Mehrheiten ersetzen (z.B. 3/4 oder 2/3 Mehrheiten), damit Projekte / Entscheidungen nicht von Einzelnen blockiert werden können
- Gewerkschaft weltweit grundsätzlich umstrukturieren nach Tätigkeiten und nicht nach Branchen (Beispiel kaufm. Sachbearbeiter gibt es in nahezu allen Branchen - hier könnte eine Gewerkschaft für Kaufleute / Verwaltungskräfte usw. entstehen)
- hieraus einen Index schaffen, zur Vergleichbarkeit der Wertigkeit der Tätigkeiten, um Löhne / Gehälter gerechter definieren zu können - unabhängig von der Branche oder gar des Landes - gleicher Lohn für gleiche Tätigkeit
- Leiharbeit neu organisieren

Tanja Kühnel



21. Wie können Arbeitnehmer*innen angemessen an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt werden?

Als zentralen Punkt hier sehen wir die Notwendigkeit eines gerechteren Steuersystems. Dazu sollte das Steuersystem generell vereinfacht werden. Der Spitzensteuersatz sollte angehoben werden wohingegen die kalte Progression abgeschafft werden sollte um die mittleren Einkommen, die überproportional für das Steueraufkommen sorgen, zu entlasten. Gerade auch die zunehmende Digitalisierung durch die viele Aufgaben zukünftig automatisiert werden können, sollte auch zu Änderungen im Steuersystem führen. Löhne und Gehälter stark zu besteuern wird ad Absurdum geführt, wenn man Gewinne bald fast ohne Mitarbeiter generieren kann. Wir brauchen hier Änderungen die die „digitale Dividende“ von Maschinen und Computern mitberücksichtigt und Löhne und Gehälter im Gegenzug entlastet. Ein weiterer wichtiger Punkt für den wir uns als SPD stark machen sollten ist es gleiche Löhne für gleiche Arbeit zu schaffen.

Unter einem gerechteren Steuersystem verstehen wir auch, dass jeder der in Deutschland Geld verdient, hierfür auch hier Steuern bezahlen soll. Firmen wie Apple, Facebook und Co. müssen hier stärker in die Pflicht genommen werden.

Der Mindestlohn war ein guter erster Schritt. Um den Menschen die im Niedrig-

lohnsektor arbeiten aber wirklich angemessene Entlohnung zu geben, muss er angehoben werden. Auch die Grundrente sehen wir als zu niedrig an. Bei steigenden Mieten und anderen Lebenskosten muss sich die Rente entsprechend anpassen.

Auch wenn wir aktuell in vielen Branchen eher einen Mangel an Fachkräften haben und Unternehmen mehr merken, dass sie sich um Mitarbeiter bemühen müssen, dürfen wir nicht vergessen die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiter zu stärken und zum Beispiel das Betriebsverfassungsgesetz verpflichtend einführen, befristete Arbeitsverträge abschaffen und für eine bessere Arbeitsplatzsicherung sorgen. Es darf nicht weiter so sein, dass wir junge Lehrerinnen und Lehrer zu den Sommerferien entlassen und danach wieder einstellen um einen Monat Gehalt zu sparen welches dann aus der Arbeitslosenkasse gezahlt wird.

Im Hinblick auf eine älter werdende Gesellschaft und spätere Renteneintritte sollte auch überlegt werden, wie wir die Work-Life-Balance für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern können. Die zunehmende Verdichtung von Arbeit ist sicherlich nicht gesund. Dies sollte durch weniger Wochenarbeitsstunden oder andere Annehmlichkeiten die zum Beispiel zu einer besseren Vereinbarung von Arbeit und Familie führen, ausgeglichen werden.

Andreas Eckerle

13. Wie können wir in einer globalisierten Welt durch internationale Kooperationen eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung sicherstellen?

Steuern

- Aktive EU-Steuerpolitik
- Steuersysteme angleichen
- Gewinne da versteuern wo sie anfallen
- Steueroasen schließen, den betroffenen kleinen Ländern alternative Verdienstmöglichkeiten eröffnen

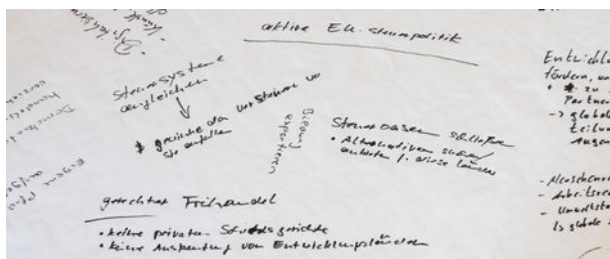
Handel / Freihandel

- Fairer/ gerechter Handel/Freihandel
- Keine Ausbeutung von Entwicklungsländern (Ausbeutung schafft Fluchtursachen)
- Entwicklungsländer fördern/unterstützen damit sie starke Partner werden
- Globale Arbeitsteilung auf Augenhöhe
- Menschenrechte, Arbeitsrechte und Umweltstandards müssen zu globalen Standards werden
- Private Schiedsgerichte dürfen nicht unabhängige Justiz aushebeln
- private Schiedsgerichte, wenn eingesetzt, müssen transparent sein
- WHO stärken
- Eigene Pfründe aufgeben
- Beim Handel Demokratien bevorzugen
- Bildung exportieren, Entwicklungsländer haben oft kein

funktionierendes Bildungssystem, durch entsprechende Projekte fördern.

- Digitalisierung fördern
- Künstliche Intelligenz fördern, durch offene Algorithmen für Akzeptanz sorgen

Rosita Blankenstein



Für eine Asylpolitik mit Herz und Verstand

Der neue Freiburger OB Martin Horn spricht sich dafür aus, dass Städte im Süden gemeinsam eine Erklärung initiieren, um aus dem Mittelmeer gerettete Flüchtlinge aufzunehmen. Ich habe den Fehler gemacht, einige Kommentare unter dem Artikel in der Badischen Zeitung und auf Facebook zu lesen und kriege das kalte Kotzen. Diese ätzenden, menschenverachtenden, rassistischen und z.T. einfach strunzblöden Kommentare von Leuten, deren „nackter Arsch bei der Geburtslotterie einfach Glück hatte“ (danke Adi, für den schönen Spruch), sind nicht zu ertragen. Solange man nicht beim Malle-Urlaub durch angespülte Wasserleichen gestört wird, halten es offenbar viele für

eine großartige Lösung, wenn die Menschen einfach im Mittelmeer ertrinken.

Ich merke, wie es mir dabei regelrecht die Kehle zuschnürt. Nicht die Flüchtlinge sind der Grund, dass unsere Gesellschaft sich ändert, Hass, Neid, Hartherzigkeit, Egozentrik und emotionale Kälte sind es.

Was bedeutet das für uns als Sozialdemokraten? Viele in der Partei haben das Gefühl, dass die klare Linie fehlt. Während die Grünen alle reinlassen wollen und die CSU alle raushalten will, wird bei uns mal wieder versucht, es allen irgendwie so ein bisschen Recht zu machen. Andrea Nahles liegt mit ihrem Ansatz des vernünftigen Realismus ja richtig, dieser muss nur klarer transportiert werden.

Es nützt nichts, aus Sorge, man könne das Falsche sagen oder falsch verstanden werden, immer nur um das Thema herumzuschleichen. Ich glaube, wir brauchen klare Regeln und Standpunkte, wenn wir dieser Entwicklung den Wind aus den Segeln nehmen wollen. Und nach diesen muss gehandelt werden.

- Man lässt Menschen nicht ertrinken. Ohne wenn und aber.
- Man bringt Menschen nicht in ein Land, in dem ihnen Folter oder Vergewaltigung droht und in dem ihre Menschenrechte mit Füßen getreten werden.
- Jeder hat das Recht, hier Asyl zu beantragen. Nur wer Asyl bekommt,

hat das Recht hier zu bleiben. Bis zur Entscheidung müssen die Menschen menschenwürdig untergebracht und versorgt werden.

- Wir brauchen europaweit EINE Datenbank, in der Asylbeantragende mit allen Daten, inkl. Fingerabdrücken, erfasst werden, um Doppelbeantragungen und Asylmissbrauch entgegenzuwirken.
- Wir sind mit verantwortlich, dass es in vielen Ländern Afrikas keine Perspektiven gibt. Daher ist es auch mit unsere Aufgabe Fluchtursachen zu beseitigen.
- Waffenlieferungen an Unrechtssysteme oder in instabile Gegenden sind sofort zu stoppen.
- Die 1. Welt lebt schon lange über ihre Verhältnisse, was den Verbrauch an weltweiten Ressourcen anbelangt. Hier ist dringend ein Umdenken notwendig.
- Wir sind verantwortlich, die Folgen des Klimawandels, den unsere Lebensart verursacht hat, zu bekämpfen und den betroffenen Gegenden der Welt zu helfen.
- Freihandelsabkommen mit afrikanischen Ländern, die diesen Ländern schaden, sind zu ändern. Dass durch unseren Abfall die dortige Wirtschaft leidet, darf nicht geschehen.
- Ein Einwanderungsgesetz muss es Menschen ermöglichen, legal nach

Deutschland zu kommen, wenn sie klar definierte Grundanforderungen erfüllen.

- Wer diese Grundanforderungen für die Einwanderung erfüllt und schon hier ist (z.B. abgelehnter Asylbewerber), kann den Antrag von hier aus stellen. Ausgebildete Pflegekräfte abzuschieben ist dämlich.
- Gut integrierte Menschen, die seit Jahren hier sind und einen Job haben, abzuschieben, nur weil man ihrer leichter habhaft werden kann, ist bescheuert.
- Wer in einer Ausbildung ist, darf die beenden. Wenn danach kein Bleiberecht da ist, sollte derjenige in seinem Heimatland eine Start- Up-Hilfe bekommen. Bessere Entwicklungshilfe gibt es nicht.
- Menschen, die mit mittelalterlichen religiösen Wertevorstellungen hierher kommen, müssen schnell lernen, sich an unsere Werte anzupassen. Das Grundgesetz ist nicht verhandelbar. Da ist Toleranz der falsche Weg.
- Menschen, die mit tausendjährigen nationalistischen Wertevorstellungen hier leben, müssen schnell lernen, sich an unsere Werte anzupassen. Das Grundgesetz ist nicht verhandelbar. Da ist Toleranz der falsche Weg.

- Gesetze gelten für alle und überall. Auch das Internet ist kein rechtsfreier Raum.
- Jeder Mensch hat das Recht, als Individuum betrachtet zu werden und nicht als Zugehöriger zu einer Gruppe. Es gibt keine Sippenhaft in Deutschland.

Ja, eigentlich sind das alles Selbstverständlichkeiten. Aber offenbar ja doch nicht.

Birte Könnecke

Zwang zum Bauen? Ja, aber es gibt noch andere Daumenschrauben

Ein ganze Seite widmete die Badische Zeitung vor kurzem dem Thema Wohnungsmangel und dabei vor allem der Frage, ob Eigentümer un bebauter Grundstücke enteignet werden sollen. Die Überschrift zum Hauptartikel lautet „Zwang zum Bauen“.

Das Thema ist selbstverständlich und berechtigter Weise sehr umstritten, denn eine Zwangsenteignung greift sehr tief in die Rechte der Grundstücksbesitzer ein. Dem gegenüber erinnert Franz Schmider in seinem Kommentar pro Zwangsenteignung an den guten alten und leider sehr in

Vergessenheit geratenen Grundsatz „Eigentum verpflichtet“.

Link: [Pro und Contra Enteignungen \(kostenpflichtig\)](#)



Vor allem nach der Lektüre des „contra-Kommentars“ von Ronny Gert Bürckholdt muss ich Schmider sehr stark zustimmen. Für Bürckholdt ist einzig und allein die Politik Schuld an der Misere und er erkennt keinerlei Handlungsbedarf auf Seiten der Grundstücksbesitzer. Mehr, als dass er Einzelfallbeispiele konstruiert fällt ihm nicht ein. Mehr als die berühmten Kinder, die das Grundstück in zehn Jahren bebauen wollen, kommt da nicht. Mit der gleichen Begründung könnte ich pro Enteignung argumentieren und von Grundstücken berichten, die für Enkel aufgehoben werden und zwar von Eigentümern, die selbst schon die Enkel waren, für die dieses Grundstück vorgesehen war.

Trotzdem ist eine Enteignung natürlich das letzte mögliche Mittel. Niemand will jemandem gegen seinen Willen Eigentum wegnehmen und sei es auch gegen angemessene Entschädigung. Es gibt auch noch andere Daumenschrauben. Zwang

muss es allerdings sein und der läuft immer über den Geldbeutel. Eine solche Möglichkeit wäre die Einführung der Grundsteuer C für voll erschlossene, unbebaute Grundstücke. Die könnten die Kommunen dann so festlegen, dass es weh tut und das wäre gut begründet, denn „Eigentum verpflichtet“. Das geht allerdings nur, wenn der Bund das gesetzlich ermöglicht. Scheinbar wäre das recht problemlos machbar, denn die Grundsteuer C steht im Koalitionsvertrag. [Auf Seite 109 knapp unter der Mitte.](#)

Das wäre doch mal eine Maßnahme. Nicht die erste, nicht die allein selig machende – die gibt es nämlich nicht – aber durchaus eine wichtige nach der auch viele Bürgermeister immer wieder fragen.

Oswald Prucker

Umfrageergebnis Landwirtschaft

Die Subventionen für die Landwirtschaft sind immer in der Diskussion. Derzeit gibt es aber einen klaren Dissens in der Koalition zu der grundsätzlichen Ausrichtung des Prämiensystems der EU: Die SPD-Fraktion möchte gerne die sogenannten Flächenprämien als Grundpfeiler des Gesamtsystems abschaffen und statt dessen die sog. 2. Säule, also bestimmte Programme zur Förderung von Nachhaltigkeit, Tierwohl oder Umweltmaßnahmen

stärken. Die CDU und dort im Besonderen Ministerin Klöckner will das nicht und am bisherigen System festhalten.



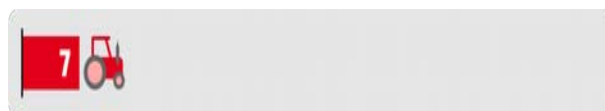
Wir haben nun unsere Mitglieder befragt. Ein nicht einfaches Thema, das geben wir zu, und dennoch sind über 160 Stimmen abgegeben worden. Das ist das Ergebnis:

Soll das EU- Prämiensystem reformiert werden und dabei vor allem die Flächenprämien aufgegeben werden?

Staatliche Förderung sollte es nur für staatlich formulierte Ziele geben, die nicht eh gesetzlich festgelegt sind.



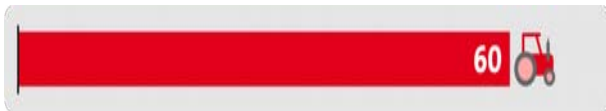
Die Standards, die unsere Landwirtschaft erfüllen muss, sind jetzt schon so hoch, dass sie auf die Flächenprämien angewiesen sind, um überhaupt konkurrenzfähig zu bleiben.



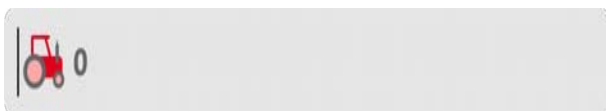
Subventionen gehören generell abgeschafft, der Markt wird's schon richten.



Flächenprämien abschaffen, aber dafür den Landwirten in Gegenden, in denen eine auskömmliche Bewirtschaftung der Flächen nicht möglich ist und die Offenhaltung trotzdem erwünscht, einen Lohn für die Landschaftspflege zahlen.



Mir egal, Hauptsache im Supermarkt gibt es immer alles und das möglichst billig.



Zunächst einmal sollten für alle die gleichen Bedingungen gelten. Für importierte Waren müssen die gleichen Umweltschutz-, Arbeitsschutz- und Tierschutzstandards gelten wie bei uns.



Das wichtigste zuerst: Niemand wollte sich der Verantwortung entziehen und niemand hat die "Geiz- ist- geil"- Antwort ausgewählt. Das ist erfreulich, bestimmt aber der Tatsache geschuldet, dass diese Umfrage im Wesentlichen Menschen mit ökologischer Grundausrichtung angesprochen hat. Die üblichen Verhaltensmuster im Supermarkt sind bekanntermaßen ganz anders.

Auch die Variante "Der Markt wird es schon richten" hat sehr wenig Anklang gefunden.

Nur vier Leute waren dafür. Auch das ist nicht verwunderlich.

29 Stimmen fielen auf die Vorschläge der SPD- Bundestagsfraktion, statt der Flächenförderung lieber Maßnahmen, die über die gesetzlichen Mindestforderungen hinausgehen, zu unterstützen. Dahinter steht der Wunsch der Menschen den Trend zu immer größeren Agrarfabriken zu brechen und die kleinteilige, umweltschonende Bewirtschaftung zu fördern.

Einen Zwischenschritt würden 60 Teilnehmer befürworten, nämlich dass die Flächenprämien zwar abgeschafft werden, man aber den landschaftspflegenden Aspekt der Landwirtschaft, insbesondere z.B. an den Steillagen des Schwarzwaldes, finanziell würdigt und für solche Flächen quasi einen Lohn zahlt. Hiermit könnte man das Überleben der Landwirtschaft in Gegenden sichern, in denen eine konkurrenzfähige Bewirtschaftung einfach nicht möglich ist.

Den meisten Zuspruch gab es für unseren eigenen Ansatz, wie die europäische Landwirtschaft konkurrenzfähig gehalten werden kann. Billigimporte, die unter fragwürdigen Bedingungen erzeugt wurden, sollen ausgegrenzt werden. Wenn uns Umweltschutz- und Tierschutzstandards wichtig sind (was sie sind!), müssen die auch für Importe gelten. Nur so hat unsere Landwirtschaft eine Chance, auf Dauer hochwertige regionale Produkte zu produzieren und nur so wird Verbraucher-

täuschung entgegengewirkt. Der entsprechende Antrag unseres Kreisverbandes liegt bei der Sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament und wir hoffen dort auf Einsatz und Ergebnisse.

Oswald Prucker & Birte Könnecke

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke, SPD-Regionalzentrum
Merzhauser Straße 4, 79100 Freiburg

Redaktion:
Oswald Prucker
Birte Könnecke

Kontakt:
redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de

WIR IM NETZ

Aktueller als in diesem Newsletter sind wir im Netz. Tatsächlich ist der Mitgliederbrief die ausgedruckte Homepage.

Kommt also regelmäßig auf spd-breisgau-hochschwarzwald.de und zu Facebook oder Instagram unter **Rot-wild im Schwarz-wald**.



Termine, Termine

Wandern mit Rita

Ritas Sommertour 2018

25. August 2018, 13 Uhr, Neustadt

Gemeinsam mit Rita Schwarzelühr-Sutter wandern wir von Titisee aus nach Rudenberg und werden dann dort einkehren. Eine prima Gelegenheit mit unserer Staatssekretärin zu plaudern.



Sommerfest 2018

**Sonntag, 16.9.2018 – 15:00 Uhr –
Eichwaldstadion Müllheim**

Das diesjährige Sommerfest feiern wir in kleinerem Rahmen als Familienfest rund um das Eichwaldstadion in Müllheim.

Wir wollen einfach bei gutem Essen und Trinken einen schönen Nachmittag miteinander verbringen. Versorgt werden wir von der Gaststätte am Stadion.

Wir freuen uns über Kuchenspenden für den Nachmittag.



Mit der SGK BW in den Kommunalwahlkampf

29. September 2018 – 15 Uhr – Details folgen

Die Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik Baden-Württemberg e.V. (SGK) hilft den Kommunalpolitikern im Ländle. Die Veranstaltung richtet sich deshalb im Besonderen an alle Kandidatinnen und Kandidaten bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr.



Digitalisierung arbeitnehmerfreundlich gestalten



Podiumsdiskussion mit Lars Klingbeil
12. Oktober 2018, 17:30 Uhr im Bürgerhaus Müllheim, Hauptstraße 122

Mit unserem Generalsekretär Lars Klingbeil und verschiedenen Gästen wollen wir uns im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit der Digitalisierung der Arbeitswelt beschäftigen.

Natürlich aus der Sicht der Arbeitnehmer und natürlich mit einem Blick auf Chancen und Risiken.

Die Namen der Gäste werden noch bekannt gegeben.

Kreisdelegiertenkonferenz

20. Okt.2018, 15 Uhr , Belchenhalle
Staufen

Bei dieser KDK wird die Neuwahl des Kreisvorstands im Mittelpunkt stehen.

Grün-schwarze Halbzeitbilanz

26. Oktober 2018, 19 Uhr im Hotel
Bräutigam, Bahnhofstraße 1, Ihringen



Mit unserem MdL Sascha Binder wollen wir mal schauen, was Grün-schwarz bisher so geleistet und sich geleistet hat.

Heidelberg

28. Oktober 2018, 8 Uhr , ZOB Freiburg

Wir fahren nach Heidelberg und besuchen die Friedrich-Ebert-Gedenkstätte.



Stammtische

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

Dienstag, 18.9. – Montag, 8.10. – Montag
12.11. – Montag, 10.12. – immer 19:00 Uhr
– immer Elsässer Hof in Breisach.

Breisgau

Donnerstag, 20.9. – 19:30 Uhr –
Bolando, Bollschweil

